

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Herrn Dr. Rolf Schmachtenberg
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

59065 Hamm, Westenwall 4
59003 Hamm, Postfach 1369
Tel. +49 2381 9015-0
Fax +49 2381 9015-30
info@dhs.de | www.dhs.de

Bankverbindungen:
Volksbank Hamm e.G.
BLZ 441 600 14
Konto-Nr. 810 2000 200
BIC GENODEM1DOR
IBAN DE08 4416 0014 8102 0002 00
Sparkasse Hamm
BLZ 410 500 95
Konto-Nr. 51 094
BIC WELADED1HAM
IBAN DE27 4105 0095 0000 0510 94

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Durchwahl	Datum
		PR/br	-21	11. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Dr. Schmachtenberg,

wir erlauben uns, in der Angelegenheit „Entwurf eines Gesetzes zu sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (Sozialschutz-Paket II)“ mit diesem Schreiben an Sie heranzutreten.

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. setzt sich als Zusammenschluss der in der Suchthilfe und Sucht-Selbsthilfe auf Bundesebene tätigen Verbände u.a. dafür ein, das in der Suchthilfe tätige Einrichtungen ihre ambulanten, ganztägig ambulanten und stationären Angebote und Leistungen auch und insbesondere zu diesen Zeiten aufrechterhalten können. Die Versorgung Suchtkranker erfolgt in einem ausdifferenzierten Hilfesystem, welches für die vielfältigen Auswirkungen dieser bio-psycho-sozialen Erkrankung abgestimmte Leistungen erfordert. Eine große Herausforderung während der aktuellen Krise ist, dass akute Einschränkungen in einem Bereich des vernetzten Systems auch Probleme für andere Hilfesettings und Leistungsformen nach sich ziehen.

Ein zentraler Bereich der Hilfen für Abhängigkeitserkrankte ist die stationäre, ambulante und ganztägig ambulante medizinische Rehabilitation (Entwöhnungsbehandlung).

Die Arbeitsgemeinschaft Medizinische Rehabilitation SGB IX führt in ihrer Stellungnahme vom 06.05.2020 aus, „dass hinsichtlich der Umsetzung des Sicherstellungsauftrags nach § 3 i.V.m. § 5 des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG) dringend auch eine entsprechende Klarstellung bzw. Regelung hinsichtlich von Ausgleichzahlungen für den Bereich der medizinischen Rehabilitation der Rentenversicherung erforderlich ist. Klarstellungen sind auch hinsichtlich der Erstattungsansprüche nach § 4 SodEG erforderlich.“

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen möchte mit diesem Anschreiben die Stellungnahme der AG MedReha vollumfänglich unterstützen, analog auch für die ambulante und ganztägig ambulante Rehabilitation, und bittet um Berücksichtigung der Änderungsvorschläge im aktuellen Gesetzgebungsverfahren.

Wir wenden uns an sie als Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Hoffnung, Sie können sich der Vorschläge annehmen und im aktuellen Verfahren auf eine Übernahme dieser hinwirken.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Heribert Fleischmann'.

Dr. Heribert Fleischmann
Vorstandsvorsitzender

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Peter Raiser'.

Dr. Peter Raiser
stellv. Geschäftsführer